

„Betreutes Wohnen zu Hause“ wird geprüft

Gemeinderat Weingarten berät über Konzept / Neues Berechnungssystem für Kindergärten

Von unserer Mitarbeiterin
Marianne Lothar

Weingarten. Die SPD hat den Antrag gestellt, die Möglichkeit eines „Betreuten Wohnens zu Hause“ zu prüfen und gegebenenfalls einzuführen. Gerhard Fritscher (CDU) erklärte in der jüngsten Sitzung des Gemeinderats Weingarten, die CDU unterstütze den Antrag, wünsche aber nähere Informationen. Daraufhin erklärte Claus Günther (SPD), bei diesem Konzept handele es sich um ein Netzwerk von Hilfsangeboten aus einer Hand, beispielsweise Hilfe beim Einkauf, im Haushalt, bis hin zur medizinisch-pflegerischen Hilfe.

Diese Dienstleistungen können wahlweise nach den eigenen Bedürfnissen in Anspruch genommen werden. Monika Lauber (Grüne) schlug vor, die Leiterin des Pflegestützpunkts, Sigrid Kopf, einzuladen, um Informationen über die einzelnen Module ihres Angebots zu erhalten. Auch Klaus Holzmüller (FDP) empfahl, die Sozialstation in die Prüfung einzubinden. Das Gremium stimmte zu, den Antrag weiter im Verwaltungsausschuss zu beraten.

Im Kindergartenjahr 2010/11 werden die Gebühren angehoben. Die bisherigen Kinder-

gartenbeiträge wurden nach dem so genannten „Badischen Berechnungssystem“ erhoben, das heißt, Familien, von denen mehrere Kinder gleichzeitig den Kindergarten besuchen, zahlen weniger Beiträge als Familien mit nur einem Kindergartenkind. Auf Empfehlung des Städte- und Gemeindetags und den Gremien der Kirchen wurde nun beschlossen, künftig das „Württembergische Abrechnungsmodell“ einzuführen, das bei der Gebührenberechnung

Familien mit mehreren Kindern werden bevorzugt

alle im Haushalt lebenden Kinder einbezieht.

Es sei „von höchster Entscheidungsebene gewünscht“, sagte Bürgermeister Klaus-Dieter Scholz, „dass Familien mit mehreren Kindern bevorzugt werden“. Für Familien mit nur einem Kind und Alleinerziehende mit geringem Einkommen bestehe die Möglichkeit eines Zuschusses durch das Jugendamt des Landratsamts Karlsruhe. Die Grüne Liste sieht in diesem Modell eine Benachteiligung dieser Perso-

nengruppe. Beispielsweise werde die bisherige Jahresgebühr ab Oktober 2009 für ein Kind in der Regelgruppe von 869 Euro auf 1 012 Euro angehoben, in der Frühgruppe von 1 001 Euro jährlich auf 1 375 Euro. Sie stellte darum im Gemeinderat den Antrag, die Gemeinde solle die Gebühren für ein beitragsfreies Kindergartenjahr in der Regelgruppe übernehmen.

Die Mehrbelastung des Haushalts liege dadurch bei circa 90 000 Euro. Die Grüne Liste sehe darin ein politisches Signal für nachhaltige Familienfreundlichkeit.

Scholz entgegnete, je weiter entfernt von der Regelgruppe ein Kindergartenplatz sei, desto mehr Kosten an Personal, Energie, Versorgungsaufwand und ähnlichem fallen an. Diese Kosten müssten aufgefangen werden. Außerdem beträgt der Elternbeitrag nur 20 Prozent der Betriebskosten, 72 Prozent beziehungsweise 1,1 Millionen Euro für die sechs Weingartner Kindergärten mit insgesamt 400 Plätzen trägt die Gemeinde.

Scholz schlug vor, den Antrag bis zur erneuten Haushaltsberatung vor der Sommerpause 2010 zurückzustellen. Das Gremium stimmte diesem Vorschlag bei den Gegenstimmen der Grünen zu.